

Allgemeine Einkaufsbedingungen der Vallourec Deutschland GmbH über den Einkauf von Maschinen und Anlagen

1. Geltungsbereich

- 1.1. Diese Allgemeinen Einkaufsbedingungen (nachfolgend „**AEB**“ genannt) gelten für alle durch die Vallourec Deutschland GmbH, Theodorstraße 109, 40472 Düsseldorf / Deutschland (nachfolgend „**VAD**“ genannt) mit einem Lieferanten (nachfolgend „**Lieferant**“ genannt) geschlossenen Verträge über den Kauf, die Entwicklung, die Herstellung und/oder die Lieferung von Waren. Die AEB gelten in ihrer jeweiligen Fassung als Rahmenvereinbarung auch für künftige Verträge über Kauf, Entwicklung, Herstellung und/oder Lieferung von Waren, ohne dass VAD in jedem Einzelfall wieder auf sie hinweisen müsste; über Änderungen der AEB wird VAD den Lieferanten jeweils unverzüglich informieren.
- 1.2. Für die Geschäftsbeziehung zwischen VAD und dem Lieferanten gelten ausschließlich die vorliegenden AEB. Den nachfolgenden Bestimmungen entgegenstehende oder abweichende Allgemeine Geschäftsbedingungen finden keine Anwendung, es sei denn, VAD stimmt ihrer Geltung ausdrücklich schriftlich zu. Die vorliegenden AEB gelten auch dann ausschließlich, wenn VAD in Kenntnis entgegenstehender oder von den vorliegenden AEB abweichender Bedingungen Lieferungen und/oder Leistungen des Lieferanten vorbehaltlos annimmt.
- 1.3. Die AEB gelten nur gegenüber Unternehmern (§ 14 BGB), juristischen Personen des öffentlichen Rechts oder öffentlich-rechtlichen Sondervermögen.

2. Vertragsschluss - Angebotsunterlagen

- 2.1 Die Bestellung von Waren und/oder Leistungen durch VAD gilt frühestens mit schriftlicher Abgabe der Bestellung (auch per E-Mail oder Telefax) als verbindlich. Auf offensichtliche Irrtümer (z.B. Schreib- und Rechenfehler) und Unvollständigkeiten der Bestellung einschließlich der Bestellunterlagen hat der Lieferant VAD zum Zwecke der Korrektur bzw. Vervollständigung vor Annahme der Bestellung hinzuweisen; ansonsten gilt der Vertrag als nicht geschlossen.
- 2.2 Der Lieferant kann die Bestellung von VAD innerhalb einer Frist von 10 Tagen, beginnend mit dem Absendetag der Bestellung schriftlich bestätigen (Annahme). VAD hält sich insofern für den oben genannten Zeitraum an seine Bestellung gebunden. Eine verspätete Annahme gilt als neues Angebot und bedarf der Annahme durch VAD.

- 2.3 Angebote zum Abschluss eines Vertrages seitens des Lieferanten haben unentgeltlich zu erfolgen und begründen keine Verpflichtungen für VAD. Kostenvoranschläge werden nur aufgrund gesonderter schriftlicher Vereinbarung vergütet.
- 2.4 An Abbildungen, Zeichnungen, Berechnungen und sonstigen Unterlagen, welche VAD dem Lieferanten im Rahmen der Bestellung und/oder im Zusammenhang mit der Erbringung der Leistungen durch den Lieferanten zur Verfügung stellt, behält sich VAD sämtliche Eigentums- und Urheberrechte vor.

3. Pflichten des Lieferanten / Qualitätssicherung

- 3.1 Der Lieferant ist verpflichtet, die von ihm vertraglich geschuldeten Leistungen (insbesondere Verkauf, Entwicklung, Herstellung und/oder Lieferung der Waren) innerhalb der vereinbarten Zeiten zu erbringen.
- 3.2 Sofern eine Werkleistung geschuldet ist oder zwischen VAD und dem Lieferanten eine Abnahme in Bezug auf die vertragsgegenständliche Ware vereinbart wird, gelten die gesetzlichen, werkvertragsrechtlichen Regelungen zur Abnahme (entsprechend).
- 3.3 Der Lieferant ist zur Einhaltung aller jeweils geltenden und einschlägigen öffentlich-rechtlichen Gesetze, Verordnungen und sonstigen Vorschriften und Anweisungen des Bundes und der Länder und sonstiger öffentlich-rechtlicher Körperschaften verpflichtet, insbesondere der in der Bestellung von VAD genannten Normen, Richtlinien und sonstigen Vorschriften sowie der bei VAD und/oder - soweit ein solcher in der Bestellung ausdrücklich genannt oder anderweitig vereinbart ist - am Lieferort geltenden Umwelt- und Sicherheitsrichtlinien, z.B. Vorschriften
- zur Arbeitssicherheit und zum Arbeitsschutz,
 - zum Umweltschutz, wie Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz, Bundesimmissionsschutzgesetz, TA Luft, TA Lärm, Wasserhaushaltsgesetz, einschließlich etwaiger entsprechender Verordnungen und Verwaltungsvorschriften.
- 3.4 Sofern die Ware vom Lieferanten zu entwickeln und/oder herzustellen ist gelten hierfür die nachfolgenden Ziffern 3.4.1 und 3.4.2.
- 3.4.1 Sollte vor dem Zeitpunkt des Gefahrübergangs erkennbar werden, dass sich die nach dem Vertrag vom Lieferanten einzuhaltenden anerkannten Regeln der Technik, technischen Normen oder die Vorschriften nach Ziffer 3.3 ändern, hat der Lieferant VAD unverzüglich entsprechend zu informieren und über die entsprechende Änderung auf dem Laufenden zu halten. Sind Abweichungen von diesen

Vorschriften notwendig, muss der Lieferant hierzu die schriftliche Zustimmung von VAD einholen.

- 3.4.2 Der Lieferant ist verpflichtet, bei der Geräte-/Teileauswahl grundsätzlich Norm- und Seriengeräte/-teile vorzusehen. Zudem sind weiterhin nur Geräte/Teile einzusetzen, die nach gegenwärtigem Kenntnisstand im Bedarfsfall kurzfristig instand zu setzen, zu beschaffen oder zu fertigen sind.
- 3.5 Sofern die Herstellung eines bestimmten Werkes vereinbart ist, hat VAD das Recht, die vertragsgemäße Entwicklung und/oder Herstellung des Werkes zu überwachen. Hierzu hat VAD nach angemessener Ankündigung und zu üblichen Geschäftszeiten Zutritt zu den Arbeitsplätzen, Werkstätten und Lagerräumen zu erhalten, wo die vertragliche Leistung oder Teile von ihr erbracht werden. Der Lieferant wird VAD fortlaufend über den Fortgang der Erfüllung seiner Leistungen informiert halten.
- 3.6 Mit der Annahme der Bestellung (siehe Ziffer 2.2) bestätigt der Lieferant, die für die Erbringung seiner vertraglich geschuldeten Leistungen (insbesondere Entwicklung, Herstellung, Verkauf und/oder Lieferung der vereinbarten Ware) erforderlichen Voraussetzungen, einschließlich sämtlicher erforderlicher Zulassungen und Genehmigungen, zu besitzen und verpflichtet sich, diese während der Dauer des auf Basis der einzelnen Bestellung geschlossenen Vertrages auf eigene Kosten aufrechtzuerhalten.
- 3.7 Für die Durchführung der von ihm geschuldeten Leistungen wird der Lieferant ausschließlich hinreichend qualifizierte Mitarbeiter einsetzen, die in der Lage sind, die hohen Anforderungen an die Durchführung der Leistungen zu erfüllen. Der Lieferant ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung von VAD nicht berechtigt, Dritte, insbesondere freie Mitarbeiter, Unterauftragnehmer oder ähnliche mit der Erfüllung der von ihm nach Maßgabe des mit VAD geschlossenen Vertrages zu erbringenden Leistungen oder Teilen davon zu beauftragen. Um VAD die Möglichkeit zu geben, die Unabhängigkeit, Qualifikation oder Referenzen der Dritten zu prüfen, die der Lieferant in die Erfüllung seiner Verpflichtungen einschalten möchte, hat der Lieferant dies mit angemessenem Vorlauf, mindestens jedoch zwei Wochen vor der geplanten Einbindung unter Nennung der beabsichtigten Dritten schriftlich gegenüber VAD anzuzeigen. VAD kann seine Zustimmung verweigern, wenn erhebliche Gründe gegen die Einschaltung bestehen. Der Lieferant hat etwaigen Dritten hinsichtlich der von ihnen übernommenen Aufgaben alle Verpflichtungen aufzuerlegen und die Einhaltung dieser Verpflichtungen sicherzustellen, die er gegenüber VAD übernommen hat. Darüber hinaus hat der Lieferant durch geeignete Vereinbarung mit dem jeweiligen Subunternehmer sicherzustellen, dass VAD ein Recht zur Auditierung des Subunternehmers im Hinblick auf dessen Eignung für die von ihm zu erbringenden Teilleistungen nach angemessener Ankündigung und zu üblichen Geschäftszeiten, gegebenenfalls unter Einsatz von durch VAD betrauten Sachverständigen und/oder Beratern eingeräumt wird. Auf Verlangen wird VAD mit dem

Subunternehmer eine geeignete Vereinbarung zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen des Subunternehmers treffen.

- 3.8 VAD kann die Genehmigung eines Dritten mit Wirkung für die Zukunft widerrufen, sofern in der Person des Dritten Gründe vorliegen, die VAD zur fristlosen Kündigung des auf Basis der jeweiligen Bestellung geschlossenen Vertrages berechtigen würde. Das Recht zur fristlosen Kündigung des Vertrages selbst bleibt in einem solchen Fall unberührt.
- 3.9 Soweit der Lieferant gemäß der Bestellung bzw. des Vertrages als Nebenleistung die Dokumentation der erbrachten Leistungen oder ähnliche Ergebnisse – wie die zur Überlassung bestimmter Unterlagen – schuldet, wird der Lieferant – soweit nicht anders vereinbart – diese Dokumentationen und/oder Unterlagen VAD in deutscher Sprache zur Verfügung stellen.
- 3.10 Der Lieferant ist verpflichtet, etwaiges Verpackungsmaterial, welches bei der Lieferung der Waren an VAD verwendet wurde, auf eigene Kosten zu entsorgen.
- 3.11 Der Lieferant ist verpflichtet, sämtliche von VAD zur Verfügung gestellte Gegenstände, insbesondere Werkzeuge und Geräte, ausschließlich für die Durchführung der von ihm geschuldeten Leistungen zu verwenden. Der Lieferant hat VAD diese Gegenstände nach Erfüllung der Leistungen unverzüglich und in dem Zustand zurückzugeben, wie sie ihm von VAD zur Verfügung gestellt wurden (ausgenommen sind Abnutzungen, die im Rahmen eines gewöhnlichen Gebrauchs entstehen).
- 3.12 Der Lieferant ist verpflichtet, eine Person als Kontaktperson zu benennen. Diese Kontaktperson soll die zur Ausführung der geschuldeten Leistungen bzw. Mitwirkungshandlungen notwendigen Informationen geben und Entscheidungen treffen oder herbeiführen.
- 3.13 Der Lieferant ist verpflichtet, sämtliche von VAD angeforderte Ursprungsnachweise mit allen erforderlichen Angaben zu versehen und VAD zur Verfügung zu stellen. Entsprechendes gilt für umsatzsteuerrechtliche Nachweise bei Auslands- und innergemeinschaftlichen Lieferungen.
- 3.14 Der Lieferant ist ferner verpflichtet, VAD unverzüglich zu informieren, wenn und soweit eine Lieferung ganz oder zum Teil Exportbeschränkungen nach deutschem oder einem sonstigen Recht unterliegt.
- 3.15 Der Lieferant ist verpflichtet, während der gesamten Laufzeit des betreffenden Vertrages folgende Voraussetzungen zu erfüllen bzw. beizubehalten und wird etwaige Unterauftragnehmer entsprechend verpflichten:

- Der Lieferant hat über ein hinreichendes Qualitätsmanagement-System zu verfügen und dies zu pflegen;
- Sofern vertraglich geregelt, hat der Lieferant über die dort genannten Qualitätsmanagement-Systeme und Zertifizierungen zu verfügen und dies VAD auf Verlangen nachzuweisen.

3.16 Der Lieferant räumt VAD das Recht ein, die in Ziffer 3.15 genannten Qualitätsmanagementsysteme/ Zertifizierungen in regelmäßigen Abständen, gegebenenfalls unter Einsatz von durch VAD betrauten Sachverständigen und/ oder Beratern zu auditieren. Auf Verlangen wird VAD mit dem Lieferanten eine geeignete Vereinbarung zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen des Lieferanten treffen.

4. Leistungstermine / Verzug / Gefahrübergang / Anlieferung / Pauschalierter Schadensersatz

- 4.1 Die von VAD in der Bestellung angegebenen bzw. vertraglich vereinbarten Termine für die Lieferung der Waren und/oder die Erbringung der sonstigen vereinbarten Leistungen sind bindend.
- 4.2 Bei sich abzeichnender Nichteinhaltung vereinbarter Termine hat der Lieferant VAD unverzüglich unter Angabe von Aufholmaßnahmen zu informieren und rechtzeitig geeignete Maßnahmen (ggf. Schichtarbeit, Überstunden und/oder Wochenend-/Feiertagsarbeit) zur Termineinhaltung zu ergreifen. Die Kosten für diese Maßnahmen trägt der Lieferant.
- 4.3 Erbringt der Lieferant seine Leistungen nicht oder nicht innerhalb der vereinbarten Termine/Zeiten und/oder kommt er mit der Lieferung der Ware in Verzug, so bestimmen sich die Rechte von VAD – insbesondere auf Rücktritt und Schadensersatz – nach den gesetzlichen Vorschriften. Die Regelungen in nachfolgendem Abs. 4.4 bleiben unberührt.
- 4.4 Ist der Lieferant mit seinen Leistungen, insbesondere der Lieferung und/oder der Herstellung der Ware, in Verzug, so kann VAD – neben weitergehenden gesetzlichen Ansprüchen – pauschalierten Ersatz seines Verzugsschadens in Höhe von 1 % der Nettovergütung pro vollendete Kalenderwoche verlangen, insgesamt jedoch nicht mehr als 5 % der Nettovergütung der verspätet erbrachten Leistung. VAD bleibt der Nachweis vorbehalten, dass VAD ein höherer Schaden entstanden ist. Dem Lieferanten bleibt der Nachweis vorbehalten, dass VAD überhaupt kein oder nur ein wesentlich geringerer Schaden entstanden ist.

- 4.5 Der Lieferant ist verpflichtet, sich mit den für die Erbringung seiner Leistungen, insbesondere hinsichtlich der Lieferung und ggf. dem Einbau der von ihm gelieferten Waren, relevanten Örtlichkeiten und Baulichkeiten, Anfahrtswegen, Aufstellplätze für Arbeitsmaschinen, Fundamenten, Gerüsten und sonstige betroffene Einrichtungen und Gegenstände vor Vertragsabschluss vertraut zu machen. Kommt der Lieferant dieser Verpflichtung nicht nach, so kann er sich später nicht auf etwaige Behinderungen bei der Durchführung der Leistungen bzw. Lieferungen berufen und hat in Anbetracht dieser Umstände keinen Anspruch auf eine zusätzliche Vergütung.
- 4.6 Sofern im Vertrag nicht anders geregelt, geht die Gefahr nach der internationalen Handelsklausel „DDP“ (Incoterms 2010) mit Lieferung der Ware an die in der Bestellung bzw. im Vertrag bezeichnete Empfangsstelle auf VAD über. Sofern eine Werkleistung geschuldet oder vertraglich eine Abnahme und/oder Funktionsprüfung vereinbart ist, geht die Gefahr erst mit Abnahme bzw. erfolgreicher Funktionsprüfung auf VAD über.
- 4.7 Der Lieferant hat Lieferungen von Waren jeweils 48 Stunden vor dem vereinbarten Liefertermin gegenüber den in der Bestellung genannten Personen VADs anzukündigen. Für Sondertransporte werden die Anlieferungszeiten gemeinsam festgelegt.

5. Arbeiten auf dem Werksgelände / Sicherheitsvorschriften

- 5.1 Bei Arbeiten / Aufgehalten auf dem Werksgelände und in den Gebäuden von VAD ist der Lieferant verpflichtet, die einschlägigen Gesetze und behördlichen Rechtsverordnungen zu beachten, insbesondere soweit sie die Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmer, den Schutz der Umwelt, den Transport gefährlicher Güter und den Brandschutz betreffen. Darüber hinaus verpflichtet sich der Lieferant, die in der Anlage zu der jeweiligen Bestellung aufgeführten Vorschriften und Verhaltensregeln für Partnerfirmen in der dort genannten Rangfolge einzuhalten, soweit sie für die Durchführung der von ihm geschuldeten Leistungen einschlägig sind.
- 5.2 Die in Ziffern 5.1 genannten Verhaltensregeln sind vom Lieferanten ebenfalls auf die gemäß Ziffer 3.7 genehmigten Dritten zu übertragen.
- 5.3 Die Einweisung in die für den Lieferanten geltenden Verhaltensregeln kann von VAD als Voraussetzung für den Zutritt zum Betriebs-/Werksgelände und/oder zu den (Verwaltungs-)Gebäuden von VAD gemacht werden.

6. Dokumentationen

- 6.1 Soweit der Lieferant gemäß der Bestellung bzw. des Vertrages als Nebenleistung die Dokumentation der erbrachten Leistungen oder ähnliche Ergebnisse schuldet, wird er

VAD die vollständigen und detaillierten Ergebnisse rechtzeitig zur Prüfung und Freigabe vorlegen.

- 6.2 Auf Verlangen von VAD hat der Lieferant alle zumutbaren Änderungen bezüglich der zu liefernden Ergebnisse innerhalb von zwei (2) Wochen nach Erhalt einer schriftlichen Aufforderung von VAD vorzunehmen und das geänderte Ergebnis an VAD zu übermitteln.

7. Leistungsänderungen

- 7.1 Änderungen und/oder Ergänzungen des vertraglich vereinbarten und geschuldeten Leistungsumfanges, die eine nicht nur unerhebliche Abweichung von den vereinbarten Leistungen darstellen (nachfolgend „Änderungen“ genannt), sind nur nach Maßgabe von Ziffern 7.2, 7.3 und 7.4 zulässig.
- 7.2 Für den Fall, dass der Lieferant eigenständig Änderungen an der von VAD bestellten Ware vornehmen möchte, hat dieser zunächst einen entsprechenden schriftlichen Antrag auf Änderung bei VAD zu stellen. Der Antrag muss eine detaillierte und nachvollziehbare Darstellung der beantragten Änderung im Vergleich zum bisherigen Leistungsumfang in der Form der Gegenüberstellung des gegenwärtigen und des künftigen Leistungsumfanges enthalten. Die Darstellung muss insbesondere auch Auskunft über alle möglichen Auswirkungen der Änderung auf den Leistungsumfang geben sowie etwaige Mitwirkungspflichten von VAD aufzeigen.
- 7.3 Wirkt sich die Änderung auf die zum Leistungsumfang gehörende Dokumentation aus, ist der Lieferant verpflichtet, diese unverzüglich anzupassen und an VAD zu übergeben.
- 7.4 VAD ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, Änderungen anzunehmen, es sei denn eine derartige Verpflichtung ergibt sich aus zwingenden gesetzlichen Bestimmungen. Ein Anspruch des Lieferanten auf Ersatz von Mehrkosten in Zusammenhang mit der Ausführung von Änderungen bedarf einer gesonderten schriftlichen Vereinbarung. Sonstige Ansprüche des Lieferanten auf Ersatz von Kosten in Zusammenhang mit Änderungen sind ausgeschlossen.

8. Vergütung / Zahlungsbedingungen / Aufrechnung

- 8.1 Als Gegenleistung für Verkauf, Lieferung und Ausführung der dem Lieferanten obliegenden Leistungen erhält der Lieferant von VAD die vertraglich vereinbarte Vergütung zzgl. der jeweils geltenden gesetzlichen Mehrwertsteuer.
- 8.2 Sofern im Einzelfall nicht etwas anderes vereinbart ist, gilt die Vergütung auf der Basis „geliefert, verzollt“ an den Lieferort („DDP“ Incoterms 2010) und enthält sämtliche Kosten und Aufwendungen für die sonstigen nach dem geschlossenen Vertrag zu

erbringenden Leistungen sowie sämtliche Kosten für Verpackung, Transport und Versicherung.

- 8.3 Rechnungen müssen den Anforderungen der umsatzsteuerrechtlichen Vorgaben entsprechen. Jeder Rechnung ist zudem eine detaillierte und prüffähige Auflistung, die mindestens die in der Bestellung genannten Informationen und Angaben enthält, beizufügen.
- 8.4 Soweit vertraglich zwischen dem Lieferanten und VAD nichts anderes vereinbart ist, wird die vereinbarte Vergütung innerhalb von 30 Kalendertagen ab vollständiger Lieferung der Ware bzw. Erbringung der vereinbarten Leistungen sowie Zugang einer ordnungsgemäßen Rechnung zur Zahlung fällig. Sofern eine Werkleistung geschuldet oder vertraglich eine Abnahme oder Leistungsprüfung vereinbart ist, wird die Vergütung nicht vor erfolgter Abnahme zur Zahlung fällig. Der Eintritt des Zahlungsverzuges von VAD bestimmt sich nach den gesetzlichen Vorschriften, wobei hiervon ggf. abweichend in jedem Fall eine schriftliche Mahnung durch den Lieferanten erforderlich ist.
- 8.5 Aufrechnungs- und Zurückbehaltungsrechte sowie die Einrede des nicht erfüllten Vertrages stehen VAD in gesetzlichem Umfang zu. VAD ist insbesondere berechtigt, fällige Zahlungen zurückzuhalten, solange VAD noch Ansprüche aus unvollständigen oder mangelhaften Lieferungen und/oder Leistungen gegen den Lieferanten zustehen.
- 8.6 Der Lieferant hat ein Aufrechnungs- oder Zurückbehaltungsrecht nur wegen rechtskräftig festgestellter oder unbestrittener Gegenforderungen. Außerdem ist der Lieferant zur Ausübung eines Zurückbehaltungsrechts nur insoweit befugt, als sein Gegenanspruch auf dem gleichen Vertragsverhältnis beruht.

9. Geheimhaltung / Eigentumsvorbehalt

- 9.1 An Abbildungen, Plänen, Zeichnungen, Berechnungen, Ausführungsanweisungen, Produktbeschreibungen und sonstigen Unterlagen behält sich VAD sämtliche Eigentums- und Urheberrechte vor. Derartige Unterlagen sind ausschließlich für die Erbringung der vom Lieferanten vertraglich geschuldeten Leistungen zu verwenden und nach Erledigung des Vertrags an VAD zurückzugeben. Gegenüber Dritten sind die Unterlagen geheim zu halten, und zwar auch nach Beendigung des Vertrags. Die Geheimhaltungsverpflichtung erlischt erst, wenn und soweit das in den überlassenen Unterlagen enthaltene Wissen allgemein bekannt geworden ist.
- 9.2 Vorstehende Bestimmung gilt entsprechend für Stoffe und Materialien (einschließlich Softwareprodukte) sowie für Werkzeuge, Vorlagen, Muster und sonstige Gegenstände, die VAD dem Lieferanten für die Erbringung der Leistungen beistellt. Derartige

Gegenstände sind – solange sie nicht verarbeitet werden – auf Kosten des Lieferanten gesondert zu verwahren und in angemessenem Umfang gegen Zerstörung und Verlust zu versichern.

- 9.3 Der Lieferant ist ferner verpflichtet, sämtliche nicht offenkundige Informationen, Unterlagen und Dokumente, welcher er von VAD im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis und/oder der Erbringung der Leistungen mündlich, schriftlich erhält oder ihm in sonstiger Weise offenbart wird, während und nach Beendigung des Vertrages geheim zu halten, ausschließlich für die Erbringung der Leistungen zu verwenden und die vertraulichen Informationen (oder Teile hiervon) weder direkt noch indirekt Dritten zu offenbaren.
- 9.4 Der Lieferant wird von VAD erhaltene Unterlagen, Stoffe, Materialien, Werkzeuge, Vorlagen, Muster und/oder sonstige Gegenstände und Informationen nur solchen Arbeitnehmern, sonstigen Mitarbeitern, Beratern und auf sonstige Weise für den Lieferanten tätigen Personen offenbaren, welche in die Abwicklung des Vertrages involviert sind und die zuvor über den Inhalt dieser Ziffer 9 aufgeklärt wurden und die entsprechend zur Vertraulichkeit verpflichtet sind. Der Lieferant steht dafür ein, dass die Geheimhaltungsverpflichtungen durch solche Personen eingehalten werden.
- 9.5 Etwaige, weiter gehende gesetzliche Geheimhaltungsverpflichtungen bleiben von Ziffer 9 unberührt.

10. Höhere Gewalt

- 10.1 Weder VAD noch der Lieferant hat für die Nichterfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen einzustehen, wenn die Nichterfüllung auf einem außerhalb ihrer Kontrolle liegenden Hinderungsgrund oder insbesondere auf einem der folgenden Gründen beruht: Feuer, Naturkatastrophen, Krieg, Beschlagnahme, Handels- und/oder Exportbeschränkungen, Beschränkung des Energieverbrauchs, Arbeitsstreitigkeiten oder wenn Vertragswidrigkeiten von Zulieferern auf einem dieser Gründe beruhen. Diese Regelung gilt für alle vertraglichen Pflichten einschließlich Schadensersatzpflichten.
- 10.2 Jede Partei darf den Vertrag durch schriftliche Kündigung aufheben, falls dessen Durchführung für mehr als sechs Monate gemäß Ziffer 10.1 verhindert ist.

11. Mängel

- 11.1 VAD stehen die gesetzlichen Mängelansprüche ungekürzt zu. In jedem Fall ist VAD berechtigt, vom Lieferanten nach Wahl von VAD Mängelbeseitigung oder Lieferung

einer neuen Sache zu verlangen. Das Recht auf Schadensersatz, insbesondere das auf Schadensersatz statt der Leistung bleibt hiervon unberührt.

- 11.2 Bei Sachmängeln steht VAD unbeschadet der gesetzlichen Ansprüche auch im Falle eines Kauf- oder Werklieferungsvertrages nach fruchtlosem Ablauf einer zur Nacherfüllung gesetzten angemessenen Frist entsprechend § 637 BGB ein Recht zur Selbstvornahme sowie ein Anspruch auf Ersatz der erforderlichen Aufwendungen und auf einen entsprechenden Vorschuss zu. Ist die Nacherfüllung durch den Lieferanten fehlgeschlagen oder für VAD unzumutbar (z.B. wegen besonderer Dringlichkeit, Gefährdung der Betriebssicherheit oder drohendem Eintritt unverhältnismäßiger Schäden) bedarf es keiner Fristsetzung; von derartigen Umständen wird VAD den Lieferanten unverzüglich, nach Möglichkeit vorher, unterrichten.
- 11.3 Sofern im jeweiligen Vertrag zwischen VAD und dem Lieferanten die Stellung eines Gewährleistungseinbehalts vereinbart wurde, ist VAD berechtigt, bis zum Ablauf der letzten Verjährungsfrist für Mängelansprüche, einen Sicherheitseinbehalt in Höhe von 5 % der Netto-Gesamtvergütung (ohne Mehrwertsteuer) einschließlich etwaiger Nachträge als Gewährleistungseinbehalt zum Zwecke der Absicherung sämtlicher etwaiger Mängelansprüche, Aufwendungsansprüche sowie Schadensersatzansprüche gegen den Lieferanten vorzunehmen. Der Gewährleistungseinbehalt ist marktüblich zu verzinsen. Etwaige weitere Rechte zur Vornahme von Einbehalten wegen etwaiger offener Restleistungen oder Mängeln bei der Abnahme oder zur Geltendmachung sonstiger Einreden und Einwendungen bleiben davon unberührt.
- 11.4 Der Lieferant ist berechtigt, den Gewährleistungseinbehalt gemäß Ziffer 11.3 nach Gefahrübergang durch Stellung einer unwiderruflichen, unbedingten und unbefristeten, selbstschuldnerischen Bürgschaft eines in der Bundesrepublik Deutschland zugelassenen Kreditinstituts oder Kreditversicherers über den entsprechenden Betrag des Gewährleistungseinbehaltes abzulösen; die Kosten einer solchen Bürgschaft trägt der Lieferant.
- 11.5 VAD ist berechtigt, den Austausch des Gewährleistungseinbehalts durch eine Gewährleistungsbürgschaft insoweit zu verweigern, als anderweitig vorgenommene Einbehalte zum Zeitpunkt des Austauschs zur Absicherung der Verpflichtungen des Lieferanten bezüglich offener Restleistungen oder bekannter Mängel nicht als ausreichend erscheinen. Dieses Recht zur Verweigerung des Austauschs gilt nicht, soweit die gemäß Ziffer 11.4 zu stellende Bürgschaft auch die übrigen Einbehalte abdeckt.
- 11.6 Vereinbarte Gewährleistungssicherheiten werden nach Ende der letzten Verjährungsfrist für Mängelansprüche zurückgegeben bzw. freigegeben.

12. Produkthaftung / Regress / Haftpflichtversicherungsschutz

- 12.1 Der Lieferant ist verpflichtet, VAD bei einem Produktschaden von Schadensersatzansprüchen Dritter aufgrund des Produkthaftungsgesetzes, des Deliktsrechts oder vergleichbarer, in- oder ausländischer Gesetze freizustellen, im Falle des Produkthaftungsgesetzes (oder mit diesem vergleichbarer ausländischer Gesetze) soweit die Ursache des Schadens in seinem Herrschaftsbereich liegt, in den übrigen Fällen soweit ihn zusätzlich hieran ein Verschulden trifft.
- 12.2 Im Rahmen der Haftung des Lieferanten nach Ziffer 12.1 ist er auch verpflichtet, VAD etwaige Aufwendungen gemäß §§ 683, 670 BGB sowie gemäß §§ 830, 840, 426 BGB zu erstatten, die sich aus oder im Zusammenhang mit einer von VAD durchgeführten Rückrufaktion ergeben. Über Inhalt und Umfang der durchzuführenden Rückrufmaßnahmen wird VAD den Lieferanten – soweit möglich und zumutbar – unterrichten und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Sonstige gesetzliche Ansprüche bleiben unberührt.
- 12.3 Der Lieferant verpflichtet sich, eine Produkthaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens EUR 10 Mio. pro Personenschaden / Sachschaden – pauschal – abzuschließen und bis zur Erfüllung sämtlicher Pflichten aus dem jeweiligen Vertragsverhältnis – einschließlich etwaiger Nacherfüllungspflichten – aufrechtzuerhalten; stehen VAD weitergehende Schadensersatzansprüche zu, so bleiben diese unberührt. Der Lieferant hat VAD den Abschluss bzw. das Bestehen des Versicherungsschutzes auf Verlangen nachzuweisen.

13. Ersatzteile

- 13.1 Der Lieferant hat VAD die der Ware im Konstruktionsprozess zugewiesene Lebensdauer mitzuteilen und wird VAD spätestens mit der Lieferung der Ware eine Ersatzteilliste übergeben. In dieser Ersatzteilliste sind umfassend und detailliert alle für Instandhaltung und Aufarbeitung erforderlichen Ersatzteile aufzuführen. Außerdem sind sämtliche Teile besonders zu kennzeichnen, deren Lebensdauer bekanntermaßen geringer ist, als die gemäß Satz 1 mitzuteilende Lebensdauer des Produkts („Verschleißteile“). Die Ersatzteilliste hat die Lebensdauer jedes Verschleißteils und die Lagerungsfähigkeit (einschließlich der höchstmöglichen Lagerungsdauer) sämtlicher Ersatzteile detailliert aufzuführen.
- 13.2 Auf Wunsch von VAD wird der Lieferant auch nach Beendigung des Vertrages eine Vereinbarung über die Versorgung von VAD mit Ersatzteilen durch den Lieferanten während der gemäß Satz 1 mitgeteilten Lebensdauer vereinbaren, die die Interessen beider Parteien angemessen berücksichtigt.

14. Kündigung

- 14.1 VAD steht ein Recht zur Kündigung des jeweiligen Vertrags nach § 649 BGB auch bei Werklieferungsverträgen zu, unerheblich ob es sich um ein vertretbares oder nichtvertretbares Produkt handelt.
- 14.2 Ein etwaiges Recht für VAD oder den Lieferanten zur außerordentlichen Kündigung des jeweiligen Vertrags mit sofortiger Wirkung aus wichtigem Grund bleibt unberührt. Eine Kündigung aus wichtigem Grund ist insbesondere möglich,
- 14.2.1 für VAD, im Falle einer wesentlichen Veränderung der Inhaber- oder Beteiligungsverhältnisse des Lieferanten, sofern hierdurch schützenswerte Interessen von VAD erheblich beeinträchtigt werden;
 - 14.2.2 für eine Partei, wenn über das Vermögen der anderen Partei Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder eines vergleichbaren Verfahrens gestellt und nicht innerhalb von zwei Monaten nach Antragstellung vom Insolvenzgericht zurückgewiesen oder zurückgenommen worden ist bzw. wenn die Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels Masse abgelehnt wurde;
 - 14.2.3 für eine Partei, wenn sich die wirtschaftlichen oder finanziellen Verhältnisse der anderen Partei derart verschlechtern, dass eine ordnungsgemäße Erfüllung des Vertrages ernsthaft gefährdet erscheint; oder
 - 14.2.4 für eine Partei, wenn die andere Partei eine vertragliche oder in Ausführung dieses Vertrages übernommene Verpflichtung trotz erfolgter Abmahnung nicht innerhalb von 30 Tagen erfüllt oder ein vertragswidriges Verhalten nicht innerhalb dieser Frist einstellt.

15. Rechteeinräumung

- 15.1 Der Lieferant gewährt VAD an sämtlichen Erkenntnissen, Erfindungen, Kenntnissen, Erfahrungen, Entwicklungen, Urheberrechten, Know-how und sonstigen Ergebnissen, die in Ausführung und während der Dauer des Vertrages durch den Lieferanten alleine oder zusammen mit VAD gewonnen werden, einschließlich der Dokumentation, und sämtlicher durch die Tätigkeit des Lieferanten geschaffenen Werke, insbesondere Dokumenten, Projektskizzen, Präsentationen und Entwürfen (nachfolgend „Arbeitsergebnisse“) hiermit ein kostenloses, nicht ausschließliches, unwiderrufliches, zeitlich und räumlich unbeschränktes, übertragbares, und unterlizensierbares Nutzungsrecht. Dieses Nutzungsrecht beinhaltet insbesondere das Recht zur Um- und Bearbeitung und Weiterentwicklung der Arbeitsergebnisse. Zu diesen Zwecken

verpflichtet sich der Lieferant, VAD sämtliche Arbeitsergebnisse mitzuteilen und – soweit möglich – einschließlich Kopien der zugehörigen Dokumentationen zu übergeben. Ungeachtet einer Beendigung des betreffenden Vertrages gilt die vorstehende Regelungen der Ziffer 15 auch über die Beendigung des jeweiligen Vertrages hinaus fort.

- 15.2 Etwaige bei der jeweiligen Partei zum Zeitpunkt des Abschlusses des jeweiligen Vertrages bestehende oder während der Laufzeit des jeweiligen Vertrages außerhalb dessen entstehende gewerbliche Schutz-, Urheberrechte und Know-how („**Background**“) verbleiben bei der jeweiligen Partei. Sofern zur Nutzung, Wartung, Reparatur, Änderung bzw. Weiterentwicklung der Ware die Nutzung von Background des Lieferanten erforderlich ist, umfasst das in Ziffer 15.1 genannte Nutzungsrecht auch die Nutzung des Backgrounds des Lieferanten.

16. Sicherungsübereignung

- 16.1 Sofern VAD Anzahlungen und / oder sonstige Raten vor Lieferung der Waren leistet, so ist VAD jederzeit berechtigt, zur Sicherung dieser Anzahlungen und / oder Raten die Übereignung von Vormaterialien, Rohstoffen und insbesondere Teilen der Ware, die sich in der Bearbeitung durch den Lieferanten befinden, zu verlangen. Der Lieferant wird diese für VAD unentgeltlich verwahren, VAD hierzu angemessenen Zutritt gewähren und diese nur für die Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem betreffenden Vertrag verwenden und ggf. verarbeiten.
- 16.2 Be- und Verarbeitung der gemäß Ziffer 16.1 übereigneten Gegenstände erfolgen für VAD als Hersteller im Sinne von § 950 BGB. Bei der Verarbeitung, Verbindung und Vermischung der in Ziffer 16.1 übereigneten Rohstoffe, Vormaterialien oder Teile der Ware mit anderen Gegenständen steht VAD das Miteigentum an der neuen Sache im Verhältnis des Wertes der beigestellten Sache zum Wert der anderen verwendeten Gegenstände zu. Sollte das Eigentum VADs durch Verbindung oder Vermischung entgegen Satz 1 erlöschen, so überträgt der Lieferant bereits jetzt an den dies annehmende VAD sämtliche Eigentumsrechte an der neuen Sache im Umfang des Wertes der sicherungsübereigneten Sache und verwahrt diese gegebenenfalls unentgeltlich für VAD.

17. Verarbeitung personenbezogener Daten

- 17.1 Jede Partei ist für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten (nachstehend „personenbezogene Daten“) verantwortlich, die sie in Zusammenhang mit ihrer eigenen Geschäftstätigkeit verfolgt, und verpflichtet sich diesbezüglich, die in diesem Bereich geltenden gesetzlichen Regelungen und Vorschriften einzuhalten.

- 17.2 Für den Fall, dass der Lieferant während der Ausführung dieser Einkaufsbedingungen personenbezogene Daten von natürlichen Personen (im Folgenden "die betroffenen Personen" genannt) erhebt und verarbeitet, verpflichtet er sich, diese personenbezogenen Daten ausschließlich zum Zwecke der Abwicklung der vorgenannten Bestellung (Verwaltung, Überwachung, Rechnungsstellung usw.) sowie im Allgemeinen zum Zwecke der ordentlichen Anwendung dieser Einkaufsbedingungen zu verwenden.

Der Lieferant verpflichtet sich ferner, dass die Daten ausschließlich für ihn bestimmt sind und nicht an Dritte weitergegeben werden, mit Ausnahme von technischen Dienstleistern und Partnern, die der Lieferant mit der strikten Einhaltung dieser Einkaufsbedingungen beauftragt hat, wobei der Lieferant sich dann verpflichtet, dass sich diese Dritten zur Einhaltung einer vertraglichen Geheimhaltungspflicht verpflichtet haben.

- 17.3 Der Lieferant verpflichtet sich, personenbezogene Daten ausschließlich für die Dauer der Geschäftsbeziehung zu speichern, wenn und soweit nicht aufgrund gesetzlicher Aufbewahrungsfristen eine längere Speicherung erforderlich ist.
- 17.4 Soweit keine Datenübertragung außerhalb der Europäischen Union durchzuführen ist, verpflichtet sich der Lieferant, die personenbezogenen Daten innerhalb der Europäischen Union bei einem Dienstleister zu hosten, der an die gesetzlich vorgeschriebenen Sicherheits- und Vertraulichkeitspflichten gebunden ist.

Für den Fall, dass personenbezogene Daten in Länder außerhalb der Europäischen Union übermittelt werden, für die es keine Datenschutz-Angemessenheitsentscheidung der Europäischen Kommission gibt, sorgt der Lieferant dafür, dass diese Übertragung gemäß den geltenden Gesetzen und Vorschriften erfolgt, indem er alle angemessenen Maßnahmen ergreift, damit unter angemessenen rechtlichen, technischen und betrieblichen Bedingungen und Garantien die Vertraulichkeit und Sicherheit dieser personenbezogenen Daten gewährleistet ist.

- 17.5 Die betroffenen Personen sind berechtigt, Zugang zu den vom Lieferanten gespeicherten sie betreffenden personenbezogenen Daten zu verlangen und ihre Berichtigung oder Löschung und die Einschränkung ihrer Verarbeitung bezüglich des Kunden und ihr Recht einzufordern, der Verarbeitung zu widersprechen und festzulegen, wie mit ihren Daten nach Ihrem Tod zu verfahren ist. Der Lieferant verpflichtet sich, VAD die Möglichkeiten aufzuzeigen, die es den betroffenen Personen ermöglichen, diese Rechte auszuüben.

18. Geschäftsethik

- 18.1 Der Lieferant erklärt, den Code of Ethics der Vallourec Gruppe, der auch für VAD Anwendung findet, und den Anti-Corruption Code of Conduct, die auf der Website der Vallourec Gruppe verfügbar sind (<https://www.vallourec.com/en/our-identity/ethics->

[compliance](#)), zur Kenntnis genommen zu haben, und verpflichtet sich, die in diesen Dokumenten, und in allen nachfolgenden Versionen, dargelegten Grundsätze und Verhaltensregeln einzuhalten.

- 18.2 Des Weiteren erwartet VAD vom Lieferanten ausnahmslos ein ethisches Verhalten, insbesondere in Bezug auf Menschenrechte, Arbeitsbedingungen und Umweltschutz. Der Lieferant verpflichtet sich, weltweit die Menschenrechte im Sinne der sozialen Verantwortung zu respektieren, wie sie in den allgemeinen Prinzipien des Global Compact der Vereinten Nationen zusammengefasst sind. Somit verpflichtet sich der Lieferant, insbesondere die folgenden Verpflichtungen zu respektieren und sicherzustellen, dass seine Subunternehmer diese einhalten: keine Kinder zu beschäftigen und/oder auf jede andere Form der Zwangs- oder Pflichtarbeit zurückzugreifen, dafür zu sorgen, dass es in seinem Unternehmen oder gegenüber seinen Subunternehmern keine Form der Diskriminierung gibt, für alle seine Mitarbeiter gesundheits- und sicherheitsgerechte Arbeitsbedingungen zu gewährleisten und die Umwelt zu respektieren.
- 18.3 Um die Einhaltung dieser Grundsätze zu gewährleisten, kann VAD den Lieferanten daher bitten, sich auf dessen Kosten an einem Programm zur laufenden Überwachung der sozialen und ökologischen Leistung zu beteiligen.
- 18.4 Für den Fall, dass der Lieferant ein Verhalten melden möchte, das gegen den Code of Ethics der Vallourec Gruppe oder den Anti-Corruption Code of Conduct verstößt, hat Vallourec ein Meldesystem eingerichtet, das auf der Website der Vallourec Gruppe zur Verfügung steht (<https://www.vallourec.com/en/our-identity/ethics-compliance>).
- 18.5 Der Lieferant garantiert, dass weder er noch eines seiner Mitglieder oder der wirtschaftlich Berechtigte von Sanktionen im Rahmen von US-Sanktionen die vom Office of Foreign Assets Control (OFAC) verwaltet werden, oder gemäß den Exportkontroll- und Sanktionsgesetzen der Vereinigten Staaten, Sanktionen, die vom Finanzministerium des Vereinigten Königreichs verwaltet werden, oder gleichwertigen Maßnahmen der Vereinten Nationen oder der Europäischen Union unterliegen, einschließlich Sanktionen, die im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union gegen bestimmte Staaten, Organisationen und Personen verhängt werden, betroffen sind.
- 18.6 Während der Erfüllung des Vertrags sind der Lieferant, alle Mitglieder seines Leitungsorgans, seine leitenden Angestellten und Mitarbeiter verpflichtet, sämtliche Gesetze, Vorschriften und/oder Verordnungen aller staatlichen, lokalen oder behördlichen Einrichtungen, gleich welcher Art, die auf den Vertrag und die Tätigkeiten des Lieferanten anwendbar sind, einzuhalten. Dies gilt insbesondere für alle Anti-

Korruptions- und Kartellgesetze und alle Vorschriften in Bezug auf die Achtung der Menschenrechte, Arbeitsbedingungen und Umweltschutz.

- 18.7 Der Lieferant garantiert, dass er - weder direkt noch durch Mittelsmänner - Zahlungen an eine Person (einschließlich einer politisch exponierten Person) leisten oder einer solchen Person Geschenke oder Versprechungen machen oder Vorteile gewähren wird, sofern diese Zahlungen, Geschenke, Versprechungen oder Vorteile mit dem Ziel erfolgen, eine Handlung oder Entscheidung dieser Person zu beeinflussen und die Person dadurch zu einem Unterlassen, einer Handlung oder einer Tätigkeit verleitet wird, (1) die zu einer Verletzung ihrer rechtmäßigen Pflichten führt und/oder (2) mit denen unzulässige Vorteile erlangt werden oder (3) durch die diese Person in sonstiger Weise die für den Vertrag und die vertraglichen Tätigkeiten anwendbaren Gesetze verletzt. „Politisch exponierte Person“, im Sinne dieser Ziffer 18, meint eine gewählte oder ernannte Person, einen Arbeitnehmer oder Vertreter einer nationalen, regionalen oder lokalen Regierung bzw. eines Staates oder einer Abteilung, Behörde oder Einrichtung einer solchen Regierung/eines solchen Staates oder eines Unternehmens, an dem eine Regierung/ein Staat – direkt oder indirekt – eine Mehrheitsbeteiligung oder eine beherrschende Beteiligung hält; einen Funktionär einer politischen Partei, einen Kandidaten für ein öffentliches Amt oder einen Funktionär, Arbeitnehmer oder Vertreter einer öffentlichen internationalen Organisation.
- 18.8 Der Lieferant ist verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass seine Mitarbeiter und Subunternehmer, die in dieser Ziffer 18 festgelegten Verpflichtungen einhalten.
- 18.9 Sämtliche finanziellen Leistungen, Rechnungen und Berichte, die VAD vorgelegt werden, müssen präzise sein und alle während der Erfüllung des Vertrags durchgeführten Tätigkeiten und Transaktionen in ausreichender Detailliertheit wiedergeben.
- 18.10 Der Lieferant ist ferner dazu verpflichtet, angemessene interne Kontrollmechanismen einzurichten und aufrechtzuerhalten, um sicherzustellen, dass die gemäß dem Vertrag geleisteten Zahlungen genehmigt und vertragsgemäß sind.
- 18.11 VAD behält sich das Recht vor, sämtliche Zahlungen, die von oder im Namen des Lieferanten im Rahmen des Vertrags geleistet werden, durch einen ordnungsgemäß bevollmächtigten Vertreter, der der Geheimhaltung unterliegt, in den Geschäftsräumen des Lieferanten zu überprüfen.
- 18.12 Der Lieferant verpflichtet sich, bei einem solchen Audit vollumfänglich zu kooperieren. Der Lieferant hat alle relevanten Geschäftsbücher zur Verfügung zu stellen und deren Einsicht zu gewähren.

18.13 Der Lieferant gewährleistet, dass keine politisch exponierte Person oder enges Familienmitglied (1) direkt oder indirekt (nach bestem Wissen und Gewissen) eine Beteiligung, Aktien oder ein anderes wirtschaftliches Interesse (mit Ausnahme von öffentlich gehandelten Wertpapieren, die nicht für eine Mehrheitsbeteiligung ausreichend sind) am Lieferanten hält und/oder (2) die Position eines Geschäftsführers, Vorstandsmitglieds oder Vertreters des Lieferanten innehat; ausgenommen hiervon sind sämtliche Beteiligungen, Aktien und/oder Positionen, die der Lieferant VAD schriftlich mitgeteilt hat. Der Lieferant verpflichtet sich, VAD unverzüglich und schriftlich über alle Entwicklungen zu informieren, die die Einhaltung der vorstehenden Verpflichtung beeinträchtigen würden oder könnten. „Enges Familienmitglied“ meint den Ehepartner oder Lebensgefährten einer politisch exponierten Person, jedes Kind, Geschwister oder Eltern, den Ehepartner oder Lebensgefährten der Kinder oder Geschwister oder eine in einem gemeinsamen Haushalt mit der politisch exponierten Person lebende Person.

18.14 Der Lieferant hat VAD unverzüglich schriftlich über Ermittlungen oder Gerichtsverfahren zu benachrichtigen, die von einer Behörde gegen den Lieferanten eingeleitet werden und einen vermeintlichen Verstoß gegen geltende Antikorruptionsgesetze durch den Lieferanten, sein Personal oder seine Subunternehmer im Zusammenhang mit den im Rahmen des Vertrags durchgeführten Operationen und/oder Aktivitäten betreffen.

18.15 Unbeschadet aller anderen Rechte oder Rechtsmittel hat VAD im Falle einer wesentlichen Verletzung der Bedingungen dieser Ziffer 18 durch den Lieferanten das Recht:

- die Zahlung auszusetzen und/oder
- den Vertrag mit sofortiger Wirkung zu kündigen

19. Exportkontrolle

19.1 Der Lieferant verpflichtet sich und gewährleistet, alle anwendbaren internationalen und nationalen Exportkontrollgesetze und -vorschriften einzuhalten.

19.2 Für den Fall, dass der Lieferant Kenntnis davon hat oder nach sorgfältiger Prüfung Grund zu der Annahme hat oder von Tatsachen und/oder Umständen Kenntnis erlangt, dass die beabsichtigte Bereitstellung von Informationen, Waren, Materialien, Dienstleistungen oder Technologie („Güter“) Exportbeschränkungen oder -kontrollen nach deutschen, EU-, US- oder anderen anwendbaren Vorschriften im Zusammenhang mit Exportkontrollen (insbesondere Genehmigungspflichten, länder- oder personenbezogene Sanktionen) unterliegt oder unterliegen könnte, hat der Lieferant VAD unverzüglich nach Erlangung dieser Kenntnis unter der folgenden E-Mail Adresse „exportcontrol@vallourec.com“ über solche Beschränkungen oder anwendbaren Kontrollen vor jedem Export, Reexport,

jeder Weitergabe, Offenlegung oder Bereitstellung der Güter, die solchen Exportbeschränkungen oder -kontrollen unterliegen, zu informieren. Der Lieferant hat VAD, soweit ihm bekannt ist, darüber zu informieren, wo die Güter, die der Exportkontrolle unterliegen, gelistet sind und welchen Beschränkungen sie nach den anwendbaren Vorschriften in Bezug auf den Export, Reexport, die Weitergabe, Offenlegung oder Bereitstellung der betreffenden Güter unterliegen.

19.3 Der Lieferant hat auf eigene Kosten alle internationalen und nationalen Lizenzen oder vergleichbaren Genehmigungen einzuholen, die nach allen jeweils geltenden Exportkontrollgesetzen und -vorschriften erforderlich sind.

19.4 Der Lieferant ist verpflichtet, mit VAD zu kooperieren und VAD auf Anfrage sämtliche erforderlichen Informationen zur Verfügung zu stellen.

19.5 Der Lieferant stellt VAD von allen Ansprüchen, Schäden, Verlusten, Haftungen und Ausgaben (einschließlich Anwaltskosten) frei, die VAD aufgrund der Nichteinhaltung der anwendbaren Exportkontrollgesetze, -beschränkungen und -vorschriften durch den Lieferanten oder einer diesbezüglichen Untersuchung entstehen oder entstehen könnten und hält VAD schadlos. Die Bestimmungen dieser Ziffer bleiben über die Beendigung des Vertrags hinaus bestehen.

20. Abtretungsverbot – Gerichtsstand – Anwendbares Recht – Erfüllungsort – Abschließende Regelung

20.1 Abtretungsverbot

Der Lieferant ist – unbeschadet bei Abtretung einer Geldforderung gemäß § 354 a HGB – ohne vorherige schriftliche Zustimmung von VAD nicht berechtigt, seine Forderungen gegen VAD an Dritte abzutreten oder durch Dritte einziehen zu lassen.

20.2 Gerichtsstand

Für alle Streitigkeiten, die sich aus diesen AEB und allen rechtlichen und vertraglichen Beziehungen zwischen VAD und dem Lieferanten ergeben, ist der ausschließliche Gerichtsstand Düsseldorf.

20.3 Anwendbares Recht

Auf diese AEB sowie alle rechtlichen und vertraglichen Beziehungen zwischen VAD und dem Lieferanten findet das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts Anwendung.

20.4 Erfüllungsort

Sofern sich aus der Bestellung oder dem Vertrag nichts anderes ergibt, ist der Geschäftssitz von VAD Erfüllungsort für sämtliche aus dem Vertrag resultierende Ansprüche.

20.5 Abschließende Regelung

Alle Vereinbarungen, die zwischen VAD und dem Lieferanten zwecks Ausführung des Vertrages getroffen werden, sind in dem Vertrag und ergänzend dazu in diesen AEB schriftlich niedergelegt.

Stand: August 2020